

## STAATSBÜRGERSCHAFT

## „Schlechter Scherz“

*Die doppelte Staatsbürgerschaft soll laut dem Gesetzentwurf von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) künftig von allen Kindern aus Migrantenfamilien erworben werden können, die in Deutschland geboren und auch hier aufgewachsen sind; dies sei über einen Schulabschluss oder eine Meldebescheinigung nachzuweisen. Einen solchen Nachweis kritisieren etliche SPD-Politiker als unangemessen und zu bürokratisch. Der 18-jährige M. K. Tayyib Demiroglu protestiert in einem offenen Brief.*

Sehr geehrter Herr de Maizière, freute ich mich nach den Koalitionsverhandlungen zunächst, dass es den Volksvertretern, die ich leider nicht wählen darf, gelungen ist, zumindest uns, in der dritten Generation, endlich die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen, muss ich jetzt erneut Rückschläge hinnehmen.

Mein Name ist M. K. Tayyib Demiroglu, ich wurde 1995 in Salzgitter geboren und von meiner Mutter mit preußischen Tugenden erzogen. Ich habe eine Aufenthaltsdauer in meiner Heimat Deutschland von 18 Jahren, was meinem Alter von 18 Jahren entspricht. Mein Abitur habe ich mit einem Durchschnitt von 1,6 bestanden, heute studiere ich BWL an der WHU – Otto Beisheim School of Management. Was ich als Wertschätzung aus der Politik erfahre, ist dagegen, dass sich darum gestritten wird, wie wir rechtssicher „aufgewachsen“ definieren wollen. Ein schlechter Scherz. Falls Sie, Herr de Maizière, mein Schulabschlusszeugnis für meine Einbürgerung sehen möchten, kann ich Ihnen gerne eine Kopie zuschicken, im Gegenzug erwarte ich aber, dass Sie mir genau erklären, welchen Sinn und Zweck das Ganze haben soll, denn dieser erschließt sich mir bisher nicht. Ich habe mitbekommen, dass es wohl darum geht, dass wir Deutsch-Türken einen Bezug zu Deutschland nachweisen sollen. Allein diese Forderung empfinde ich als Anmaßung. Es unterstellt mir doch, dass ich gar keinen Bezug zu Deutschland habe. Wir mussten ja bereits hinnehmen, dass unseren Familienangehörigen der ersten beiden Generationen die doppelte Staatsangehörigkeit ver-



KAI MYLLER

wehrt bleiben wird. Diese Entscheidung verkennt die Lebensleistung, die hier Hunderttausende im Sinne der deutschen Gesellschaft erbracht haben. Aber jetzt werden auch von uns, in der dritten Generation, weitere Zugeständnisse verlangt. Mal wieder. Jetzt liegt Ihnen sicherlich auf der Zunge, dass ich ja die türkische Staatsbürgerschaft ablegen könnte. Doch dieses kommt für mich auf keinen Fall in Frage. Meine türkische Staatsbürgerschaft gehört ebenso zu mir wie meine nicht vorhandene deutsche. Sie ist Teil meiner deutsch-türkischen Identität. Außerdem sehe ich darin eine große Ungerechtigkeit. Vielen anderen Staatsbürgern wird durchaus die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht, und es werden keine Gewissenskonflikte heraufbeschworen. Als Stipendiat der Deutschlandstiftung Integration habe ich durchaus auch viel Positives erlebt, doch es muss einfach weitergehen. Gerne würde ich wählen dürfen, wer im Stadtrat, im Landtag und im Bundestag meine Meinung vertritt, doch ich bin nach wie vor nur auf der Zuschauertribüne erwünscht, auch wenn ich das Spiel jeden Tag aufmerksam verfolge. Wir haben lange genug nur zugeschaut. *M. K. Tayyib Demiroglu*

## ALTPRÄSIDENTEN

## Außerdienst-Geschäfte

Wer jemals Bundespräsident war, genießt Privilegien bis zum Lebensende. Der Staat finanziert seinen ehemaligen Oberhäuptern nach deren Ausscheiden aus dem Amt nicht nur ein Büro in Berlin. Er ermöglicht es den betagten Herren auch, ihre Außerdienst-Geschäfte von einem Altersruhesitz aus zu führen. Wie viel aber kostet das? Die Bundesregierung nennt in einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestags genaue Zahlen. Der Umzug des Ex-Präsidenten Walter Scheel, 94, im Jahr 2009 von Berlin nach Bad Krozingen, südlich von Freiburg, kostete 9500 Euro. Weitere 32 000 Euro gab der Bund aus, um im Rathaus von Bad Krozingen ein Büro für Scheel renovieren zu lassen. Die monatliche Miete: 2000 Euro einschließlich Nebenkosten. Bundespräsident a. D. Roman Herzog, 79, verlagerte 2010 sein Büro von München nach Heilbronn in die Nähe der Burg Jagsthausen, wo er seinen Ruhestand verbringt. Dieser Umzug schlug im Bundeshaushalt mit 15 700 Euro zu Buche. Für die Büroausstattung inklusive Sicherheitsumbauten wurden 74 700 Euro ausgegeben, die monatliche Warmmiete beläuft sich auf 2200 Euro.

## VERTEIDIGUNG

## Rühes Comeback

Der frühere Verteidigungsminister Volker Rühle, 71 (CDU), kehrt auf die politische Bühne zurück. Gemeinsam mit dem früheren SPD-Verteidigungspolitiker Walter Kolbow wird er eine vom Bundestag eingesetzte Kommission leiten. Diese untersucht, ob die Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr eingeschränkt werden soll. Darauf haben sich die Spitzen von Union und SPD verständigt. Das Gremium, in dem auch Politiker der Linken und der Grünen mitarbeiten, soll innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge erarbeiten. Die Union will die Mitwirkungsrechte des Bundestags begrenzen, um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa zu erleichtern; die SPD lehnt eine Gesetzesänderung bisher ab. Rühle hatte kürzlich in der „Frankfurter Allgemeinen“ eine engere europäische Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik gefordert.